

Für wirtschaftliche Erholung, Wertschöpfung und Jobs: Wie eine saubere und sichere Energieversorgung die Wirtschaft antreibt

Die Corona-Pandemie ist eine der größten Herausforderungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Oberste Priorität hat der Schutz der Gesundheit, es muss alles getan werden, um die Pandemie wirksam und dauerhaft einzudämmen.

Zugleich stehen wir vor der gewaltigen Aufgabe, eine langanhaltende und äußerst schmerzhafteste Rezession zu vermeiden, die mit stark steigenden Arbeitslosenzahlen, einer Überschuldung der öffentlichen Haushalte und einem Niedergang ganzer Wirtschaftszweige verbunden wäre. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund ein enormes Rettungspaket verabschiedet. Schon jetzt wird über weitere ökonomische und fiskalische Instrumente wie Konjunkturprogramme und Steuererleichterungen debattiert.

Klar ist: Die Wirtschaft braucht nach Überwindung der akuten Phase der Pandemie zusätzlichen Schub, damit aus dem beispiellosen Einbruch in vielen betroffenen Branchen kein bodenloser Absturz wird. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass aktuell insbesondere über **finanzielle Instrumente** diskutiert wird, um die zum Teil drastisch eingebrochene Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen wieder anzukurbeln. So richtig dieser Ansatz ist, er muss ergänzt werden um ein ganzes Maßnahmenbündel, das neben finanziellen Anreizen auch die **Beseitigung von Investitionshemmnissen und bürokratischen Fesseln** vorsieht. Gerade im Energiesektor gibt es zahlreiche Unternehmen, die investieren wollen, daran aber durch politische und bürokratische Hemmnisse gehindert werden.

Mit den gewaltigen Rettungspaketen und den angedachten konjunkturellen Maßnahmen in Milliarden-Höhe testet Deutschland die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit aus. Dies ist angesichts der historischen Dimension der Herausforderung richtig, umso mehr bedeutet das aber auch: Wo immer möglich, müssen sich diese finanziellen und nicht-finanziellen Maßnahmen an der Frage orientieren, ob sie neben einer kurzfristigen konjunkturellen Stützung auch zu einer **zukunftsfesten und nachhaltigen Wirtschaft in Deutschland** beitragen.

Die Energiewirtschaft als Grundpfeiler der wirtschaftlichen Erholung

Die **Energiewirtschaft** spielt eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung und das gesellschaftliche Zusammenleben. Sie sichert die Daseinsvorsorge vor Ort und arbeitet kontinuierlich an einer immer sauberer werdenden Energieversorgung. Die aktuellen Folgen der Pandemie, die Bewältigung der Krise sowie ihrer Auswirkungen sind auch in der Energiewirtschaft spürbar und werden einen starken **Anpassungs- und Innovationsdruck** erzeugen. Hier gilt es, auch in Zukunft die Energieversorgung vor Ort zu sichern und die Resilienz aufrecht zu erhalten. Eine sichere und saubere Energieversorgung muss ein Stabilitätsanker bleiben. Sie ist das Rückgrat für die Volkswirtschaft.

Die **Bedeutung kritischer Infrastrukturen** wurde in den letzten Wochen mehr als deutlich. Ein stabiles und weiter ertüchtigtes Energieversorgungsnetz ist und bleibt Grundvoraussetzung

für die Gewährleistung der Versorgung. Im Krisenfall unterhält die Energiewirtschaft unentbehrliche Einrichtungen. Die Energieversorgung muss zu jedem Zeitpunkt und auch unter widrigen Umständen gesichert sein. Während der Corona-Pandemie hat sich die Energieversorgung als resilient gezeigt, sie konnte auf hohem Niveau aufrechterhalten werden. Der Wert der Investitionen, die in den letzten Jahren in die Versorgungsstruktur und in die Netze getätigt worden sind, zeigt sich auch in der aktuellen Krise überdeutlich.

Insbesondere im Jahr 2019 hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Deutschland industriepolitisch eine **Vorreiterrolle** bei entscheidenden Klimaschutztechnologien übernehmen könnte. Mit neuen innovativen Firmen, mit Start-ups und ihrem kreativen Potenzial, mit vielen mittelständischen und großen Energieversorgern, die als Garant für die Daseinsvorsorge weiterhin den Pfad in die neue Energiewelt gehen wollen. Hier bieten sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für wirtschaftliche Erholung, Wertschöpfung und Jobs auf Basis innovativer, nachhaltiger Investitionen in CO₂-arme Technologien.

Für den BDEW steht außer Frage:

- Im Sinne einer zukunftsfesten Energieversorgung muss die **Energiewende** auf der politischen Agenda weiter oben bleiben.
- Die Energiebranche kann und will Teil der **wirtschaftlichen Wiederbelebung** sein.
- Die **Digitalisierung** und digitale Infrastrukturen sind zentraler Innovationstreiber der Energiewirtschaft.
- Der **europäische Zusammenhalt** muss gerade jetzt gewahrt bleiben, die europäische Zusammenarbeit gestärkt werden.
- Die **politisch gesetzten Ziele müssen beibehalten werden**. Kontinuität ist für langfristig wirkende Investitionen essenziell.

Investitionen ermöglichen statt ausbremsen:

Fünf-Punkte-Programm der Energiewirtschaft

Im letzten Jahrzehnt ist der CO₂-Ausstoß in der Energiebranche um 31 Prozent gesunken, die Energieversorgung wird stetig CO₂-ärmer. Die Unternehmen der Branche haben sich auf die Transformation zur Klimaneutralität ausgerichtet. Dieser Kurs wird sich auch nicht durch die aktuelle Krise ändern. Die zukunftsfeste Energieversorgung von morgen ist aber kein Selbstläufer: Sie muss klimaneutral und digital, aber auch kosteneffizient werden. Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Hochlauf von Wasserstoff und grünen Gasen, die Ertüchtigung der Infrastruktur, der Hochlauf der Elektromobilität und die Dekarbonisierung von Wärme und Verkehr brauchen dafür einen klaren politischen und rechtlichen Rahmen zum Auslösen der erforderlichen Investitionen. Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit, politische Entscheidungen zur Energie- und Klimapolitik zu treffen, erhöht – und nicht zweitrangig werden lassen.

Für den vor diesem Hintergrund notwendigen **konjunkturellen Anschub für die Energiewirtschaft** ist es **kurzfristig** erforderlich, Hemmnisse beim Ausbau Erneuerbarer abzubauen, den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern weiter zu verfolgen, der Wärmewende einen klaren Rahmen zu geben, Investitionen in Gebäudesanierung, in Wasserstofftechnologien, in Elektromobilität und in intelligente Netze zu sichern.

Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen der Planung und Genehmigung dienen. Nicht der Verzögerung und des Abbruchs von Projekten. Hier brauchen wir einen aufgeklärten Umgang mit den Belangen der Betroffenen.

Kurzfristig muss auch der Strompreis von Abgaben und Umlagen entlastet werden – damit werden nicht nur die Verbraucher entlastet, sondern auch neue Technologien ökonomisch angereizt.

Mittelfristig sollen das Marktdesign und das Abgaben- und Umlagensystem neu ausgerichtet werden. Das Ziel der Klimaneutralität Europas bis 2050 gilt es zu erhalten und politisch zu stützen.

1. Neuer Schub für klimafreundliche Technologien

Investitionen in CO₂-arme Technologien sind nicht nur klimapolitisch sinnvoll, sie sind zukunftsfähige Konjunkturlösungen. Um solche Technologien anzureizen und die Verbraucher in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu entlasten, ist deshalb **eine spürbare Senkung der Steuer- und Abgabenlast auf den Strompreis ein probates Mittel**.

Regenerativ erzeugter Strom muss attraktiver für den Mobilitäts- und Wärmesektor werden. Die **Stromsteuer sollte auf das europarechtlich mögliche Minimum gesenkt** und die besondere Ausgleichsregelung im EEG über den Bundeshaushalt finanziert werden.

Diese Maßnahmen und die von der Bundesregierung angekündigte **Senkung der EEG-Umlage** um bis zu 2 Cent je Kilowattstunde könnten eine signifikante Entlastung beim Strompreis für Wirtschaft und Verbraucher ergeben.

2. Fesseln lösen: Jobs und Wertschöpfung durch beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und Netze

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Während in anderen Branchen Investitionspläne zurückgestutzt oder ganz in Frage gestellt werden müssen, gibt es mit der Energiewirtschaft eine Branche, die auch jetzt investieren will - in die klimafreundliche Energieerzeugung der Zukunft:

Bis 2030 werden jährlich etwa **3,7 Gigawatt Windkraft** an Land neu zugebaut werden müssen, um das 65 Prozent zu erreichen.

Auch der **Ausbau der Photovoltaik** muss mit Blick auf das 65-Prozent-Ziel -Ziel beim Ausbau der Erneuerbaren Energien weitergehen. Seit Monaten fordern die Unternehmen

- endlich den 52-GW-Deckel für die Photovoltaik-Förderung zu beseitigen,

- keine pauschalen Abstandsregelungen bei Windanlagen an Land einzuführen, damit genug Flächen für neue Windkraftanlagen bereitstehen und
- den Weg für mehr Windkraft auf See freizumachen.

Verlässliche, einheitliche Rahmenbedingungen sind für Investitionen grundlegend. Dazu gehören insbesondere auch **regulatorische Rahmenbedingungen**, die nachhaltige Netzinvestitionen erleichtern. Planungsverfahren sind zudem zu vereinfachen.

Investitionen der Energiebranche, gerade bei PV, Wind-Onshore, Netzen, Mobilität und Wärmeversorgung liefern zudem den Mehrwert, dass es sich um Daseinsvorsorge und **Wertschöpfung vor Ort** handelt. Diese Investitionen können wie ein „Zugpferd“ in der Region wirken und **mit Aufträgen an Handwerk und Mittelstand Arbeitsplätze sichern**. Hierfür ist es essenziell, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen möglichst ohne Verzug in reale Investitionen umgesetzt wird. Hier müssen Politik und Verwaltung ebenso pragmatisch handeln wie während der Krise.

3. Mittelständische Wirtschaft stützen: Klug und nachhaltig investieren

Durch den Kohleausstieg bis spätestens 2038 entfallen rund 43 Gigawatt gesicherter Leistung, durch den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 zusätzlich ca. 9,5 Gigawatt. Insgesamt müssen also über **50 Gigawatt gesicherte Leistung** ersetzt und durch intelligente Technologien und Konzepte für ein jederzeit stabiles Stromversorgungssystem ergänzt werden - dies entspricht zusammen mehr als der Hälfte der gegenwärtigen konventionellen Kapazität. Anders ausgedrückt: Es müssen fast 130 konventionelle Kraftwerke ersetzt werden.

Für die Kompensation der wegfallenden gesicherten Leistung sind insbesondere Investitionen in den **Neubau klimaschonender Gaskraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und Speichertechnologien** von Bedeutung.

Damit diese Investitionen gerade jetzt getätigt werden können, sind folgende Punkte unerlässlich:

- Kohleausstiegspfad rechtlich festschreiben für Investitionsentscheidungen in neue CO₂-ärmere Kraftwerke zur Substitution von Kohlekraftwerken;
- KWK-Entwicklung sichern und Investitionen für CO₂-ärmere Wärmeversorgung und Versorgungssicherheit auslösen;
- Sanierungsprogramme verstärken und Wärmewende voranbringen.

4. Verfahren verbessern, Digitalisierung nutzen

Die Chancen der Digitalisierung und digitaler Kommunikation sind während der Corona-Pandemie spürbar geworden. Fast über Nacht haben ganze Wirtschaftsbereiche ihren Betrieb in das Home-Office umgestellt. Hemmungen gegenüber digitalen Technologien konnten

abgebaut werden. Sie sichert gleichzeitig die technische Umsetzung von Prozessen in Krisenperioden wie heute. Diesen **transformativen Schub** gilt es, in die Zeit nach der Pandemie weiter zu tragen. Die Energiewirtschaft hat auch durch die bereits fortgeschrittene Digitalisierung und den hohen Automatisierungsgrad in der Krise ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Die hohen Sicherheitsstandards, wie z. B. das N-1-Prinzip haben sich in der Krise bewährt und ausgezahlt.

Die Digitalisierung ist Innovationsmotor für neue Anwendungen, Geschäftsmodelle und intelligente Verknüpfungen und Dienstleistungen. Mögliche Hemmnisse müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Mit einem Vorantreiben der Digitalisierung in der Energiewirtschaft ermöglichen wir zum Beispiel, dass Millionen von Kraftwerken und Flexibilitäten zur Versorgungssicherheit beitragen können. **Es gilt, eine smarte Netzinfrastruktur** für die Digitalisierung der Energiewirtschaft voranzubringen und damit Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Ohne diese langfristig angelegten „technischen Maßnahmen“ laufen die kurzfristigen finanziellen Maßnahmen perspektivisch ins Leere. Digitalisierung öffnet die Türen für **smarte Technologien**, ermöglicht **Energieeffizienz** und erleichtert den Kunden den Umgang mit modernen Gebäudesystemen. Auch im Rahmen von Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Errichtung neuer Energieanlagen muss Digitalisierung stärker zur Beschleunigung beitragen, etwa bei **Beteiligungsverfahren**.

Last but not least bedarf es verlässlicher Kommunikationsgrundlagen für kritische Infrastrukturen, wie etwa eine **Frequenz für die Energiewirtschaft** (450-Megahertz-Funkfrequenz).

5. Gemeinsam stärker: Mit dem European Green Deal die wirtschaftliche Erholung in Europa unterstützen

Mit dem vor allem auf 2030 gerichteten European Green Deal und dem Ziel der Klimaneutralität 2050 ist der Weg einer europäischen Energieversorgung seitens der Europäischen Kommission unmissverständlich vorgezeichnet. Auf diesen Weg wird sich die Energiewirtschaft - und auch durch eine richtig verstandene „**Sustainable Finance**“ die gesamte Industrie und die Finanzwelt - einstellen. Auf europäischer Ebene gehört der European Green Deal daher ins Zentrum der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung. Jede Verzögerung von den im Green Deal beschriebenen Maßnahmen würde die Transformation in allen Sektoren erschweren.

Zur Stärkung der Wirtschaft, Mittelstand, Handwerk und privaten und kommunalen Unternehmen der Energiewirtschaft sind verlässliche, einheitliche Rahmenbedingungen mit klarem Kompass - post Corona - wichtiger denn je. Dazu gehören **verbesserte Rahmenbedingungen**, beispielsweise im Beihilfe- oder im Planungsrecht.

Um den europäischen Geist wirtschaftlich zu stärken, gilt es mehr denn je, gemeinsame Projekte zu forcieren, z. B. den Aufbau eines **europäischen Wasserstoffprojektes** im Bereich von Wind offshore oder beim Ausbau eines Schnellladenetzes für die Elektromobilität. Im Vordergrund sollte der europäische Markt stehen: bei der einheitlichen Definition von grünen und dekarbonisierten Gasen ebenso wie bei der Schaffung eines Handelssystems für diese Produkte.

Der Hochlauf von Wasserstoff muss zudem umfassend angegangen werden, um Investitionen in neue Technologien und Konzepte auszulösen und Dekarbonisierung von Industrie, Verkehr und Wärme voranzubringen.

Fazit: Krisenbewältigung und nachhaltiges Wachstum sind keine Gegensätze

Die Corona-Krise ist für Gesellschaft und Wirtschaft eine gewaltige Herausforderung. Genauso klar ist jedoch, dass mit dem Klimawandel eine weitere Herausforderung besteht, die in diesen Wochen zwar nicht im Mittelpunkt steht. Sobald aber die größten Probleme im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gelöst sind oder sich zumindest Lösungen abzeichnen, wird das Thema Klimawandel mit Macht zurück auf die Tagesordnung drängen.

Für die langfristigen Investitionen der Energiewirtschaft sind Kontinuität und Verlässlichkeit essenziell. Die Ausrichtung auf die Erreichung der Klimaziele ist ehrgeizig, aber alternativlos. Es darf nicht der Fehler gemacht werden, diese klare Ausrichtung in Frage zu stellen. Mehr noch: Unternehmen, die sich dem notwendigen Wandel nicht stellen, laufen Gefahr, von innovativeren Wettbewerbern überholt zu werden, die sich frühzeitig auf eine CO₂-arme Produktion einstellen.

Krisenbewältigung und Klimaschutz sind keine Gegensätze, sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Statt die Verschiebung wichtiger Klimaschutz-Instrumente wie der CO₂-Bepreisung im Verkehrs- und Wärmesektor zu fordern, sollten in Konjunkturprogrammen Investitionen in Klimaschutztechnologien und die Beseitigung von Investitionshemmnissen bei der Energiewende eine wichtige Rolle spielen. Dies würde erhebliche Impulse für Innovation und Wachstum setzen.